

klar**text**

Seite 4:

Sozialstaat auf der Kippe?
Interview mit der Berliner
Sozialsenatorin

Seite 7:

Verspielte Zukunft
Petra Sitte zum
Landeshaushalt 2004

Seite 10:

Mit Che für Volk und
Vaterland – Stilwandel
rechter Jugendkultur

Rassismus?

Perspektivlosigkeit?

Weniger Blindengeld?

Kinderfeindlichkeit?

Krieg?

Kopfpauschale?

Überwachungsstaat?

Kultur ohne Zukunft?

Zukunftsangst?

Altersarmut?

Kampf der Generationen?

Bildungsmisere?

Deregulierung?

Zwei-Klassen-Medizin?

Abwanderung?

Diskriminierung?

Arbeitslosigkeit?

Kürzungen bei Universitäten?

SCHLUSS DAMIT !

Haushaltskonsolidierung bedeutet Solidarität

von Katrin Kunert, Mitglied des Parteivorstandes der PDS



Bekanntlich hatte die außerordentliche Tagung des 8. Parteitages den Parteivorstand beauftragt, sich zur politisch-strategischen Bedeutung von Regierungsbeteiligung(en) und deren Vermittlung in die Partei und die Öffentlichkeit zu beraten.

Es war an diesem Sonntagnachmittag nicht nur das schöne Wetter, was uns offen, konstruktiv und auch kritisch miteinander umgehen ließ, wir haben zum ersten Mal miteinander geredet und nicht wie so oft, übereinander.

In der Diskussion wurde u.a. deutlich, dass unsere Minister und Senatoren, wenn sie denn die Möglichkeit zur Darstellung der Probleme hatten, nie auf totale Ablehnung gestoßen sind.

Die Akzeptanz außerhalb der Partei ist wesentlich höher als in den eigenen Reihen. Sie bewegen sich zwischen Anerkennung und Anfeindung.

Sicher muss es in Zukunft besser gelingen, Informationen in die Partei zu befördern, warum macht PDS in Regierungsverantwortung dies und welches wären die Folgen, wenn nicht...

Aber spätestens am Beispiel Berlins muss klar werden, dass PDS genau wusste und wollte, dass sie in Regierungsverantwortung kommen würde. Unter den damaligen Bedingungen gab es einen Hauptgrund für Neuwahlen, die Haushaltskonsolidierung! Die PDS wollte die Situation in der Bundeshauptstadt

verbessern, für ihre Bürgerinnen und Bürger und für die Zukunft. Das wiederum bedeutete mitgestalten, mitbestimmen und Verantwortung übernehmen.

Wenn ich die Haushaltszahlen von Berlin vor mir habe, könnte ich meinen: Schließt den Laden ab und schaltet das Licht aus! Berlin zahlt täglich 6 Millionen Euro Zinsen, Geld, was für wichtige Ausgaben im Sozial- oder Wirtschaftsbereich fehlt. Jährlich fehlen 5 Milliarden Euro, um die Ausgaben mit den Einnahmen zu decken.

Trotzdem wollen die Berliner 2007 einen ausgeglichenen Primärhaushalt aufstellen. Dies zeugt nicht nur von viel Optimismus und Mut, dies bedeutet vor allem Verantwortung für kommende Generationen. Schulden, wenn sie nicht ernsthaft abgebaut werden, sind in die Zukunft geschobene Ausgabeverzichte. Haushaltskonsolidierung bedeutet vom politischen Ansatz her Solidarität. Wollten wir nicht solidarisch sein?

Wir wollen sozial sein. Ist es unsozial, Elternbeiträge ab einer Einkommensgrenze zu erhöhen, um gerechtere Beitragsstrukturen zu schaffen? Berlin hat bundesweit das beste Betreuungsnetz, mehr als 45 Prozent der Kinder von ein bis drei Jahren haben einen Kitaplatz, in München sind es magere vier!

„Schließt den Laden ab und schaltet das Licht aus!“

Die Berliner überprüfen derzeit Ausstattungsvorsprünge – im Vergleich zu anderen Bundesländern – auf Verzichtbarkeit. Sie wollen nicht ideenlos streichen, sondern effektiv umstrukturieren, damit diejenigen öffentliche Hilfe erhalten, die darauf angewiesen sind.

So ließen sich die Beispiele fortführen, natürlich auch aus Mecklenburg-Vorpommern.

Ich habe eine Bitte, fragt unsere Regierungsmenschen, aber klagt sie nicht an! Wir können nicht auf eine Gesellschaftsform warten, in der unsere politischen Ziele 1 zu 1 umsetzbar sind, wir müssen uns jetzt einbringen, wir sind jetzt gefordert und nicht irgendwann.

KOLUMNE

Haushaltskonsolidierung bedeutet SolidaritätSeite 2

SEITE 3

Sie kehren dem Schauplatz der friedlichen Revolution den Rücken ...Seite 3

INTERVIEW

Interview mit der Berliner Sozialsenatorin Dr. Heidi Knake-Werner ...Seite 4

THEMEN

Ein Verhältnis im verflixten 13. Jahr – Ein menschlicher RückblickSeite 6

Station des Holocausts – Der 9. November 1938Seite 6

Verspielte Zukunft oder: Haus haltenSeite 7

Digitaler Rundfunk – Radio und Fernsehen der nächsten GenerationSeite 8

REGIONALES

Um welche Werte geht es?Seite 9

Volksbegehren – PDS ist dabeiSeite 9

JUGEND

Mit Che für Volk und Vaterland Stilwandel rechter Jugendkultur ...Seite 10

KULTUR

Quo vadis Musikschiullandschaft? ..Seite 12

DOKUMENTIERT SPEZIAL

Olympiaeuphorie contra KapitalismuskritikSeite 13

BRIEFE AUS DEM LANDTAG

Mensch Ete, altet HausSeite 15

LeserbriefSeite 15

ImpressumSeite 15

TermineSeite 16

Kontakt

PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Redaktion klartext
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg

Tel.: 03 91/7 32 48 40

Fax: 03 91/7 32 48 48

landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

www.pds-sachsen-anhalt.de

Sie kehren dem Schauplatz der friedlichen Revolution den Rücken

von Matthias Höhn (Chefredakteur)

Alle Jahre, pünktlich zum 3. Oktober, diskutiert die Öffentlichkeit die Frage, wie weit wir denn mit der Einheit seien. Und alle Jahre wieder heißt es, die staatliche Einheit sei längst geschafft, die wirtschaftliche und soziale Einigung auf dem Weg, aber noch nicht am Ziel und die in den Köpfen – ja damit gäbe es noch Probleme.

So verschieden die Lebenswege der Menschen in Ost und West waren zwischen 1945 und 1989, so verschieden sind sie auch nach 1990 verlaufen. Die Biografien der jungen Leute in Ostdeutschland sind deutlich andere als die derselben Generation im Westen. War die Lebenswelt der Menschen in der DDR geprägt von einer grundsätzlichen sozialen Absicherung auf der einen und Einschränkungen der persönlichen Freiheit auf der anderen Seite, hat sich das Bild heute gespiegelt. Die Armutsberichte, auch der Sachsen-Anhalts, zeichnen ein deprimierendes Bild. Es verfestigt sich eine Gruppe im sozialen Aussteher, gleichzeitig rückt das Problem der Armut vielen Menschen immer näher (der Fortsetzungsroman Hartz I bis IV trägt sein Übriges dazu bei). Die sozialen Verwerfungen werden größer statt kleiner. Die gewonnene Freiheit wird von

persönliche Zukunft, konfrontiert mit dem Verlust der Lebensleistungen der Eltern und geimpft mit dem öffentlichen Gebot der Eigenverantwortung trudeln die jungen Menschen durchs Leben – sehr oft ohne Hoffnung auf die Erfüllung ihrer Lebensplanung. Es sei denn, sie gehen einen Weg – in den Westen. Und trotz aller Lobgesänge auf die Erfolge seit 1990, immer noch wandern vor allem junge Frauen – und damit auch die eventuell nachfolgende Generation – gen Hoffnung, und die liegt jenseits der Elbe. Politik beschwört bisweilen geradezu die Aufgabe „Aufbau Ost“. Doch je weniger Gewissheit herrscht über das Erreichen des gemeinsamen Zieles, desto mehr zieht der Glaube ein. Der Glaube an eine starke Nation, die auch diese Last schultern werde.

Die Flut 2002 soll bewiesen haben, dass die Mauern in den Köpfen zu durchbrechen seien. Aber welche Mauern? Es ist nicht die Bereitschaft der Menschen aufeinander zuzugehen, an der es zuerst mangelt, es sind die derart unterschiedlichen Lebenswege und -erfahrungen, die Ost und West noch immer trennen. Das war so 1989, das ist heute so, und das wird leider 2010 nicht anders sein.



PDS ist überall – auch in der Hauptstadt

Chance dazu verpasst worden. Die Politik hat diese Chance wohl auch nie als solche gesehen. Die Sache mit dem grünen Pfeil war mehr ein Bonmot als politischer Wille. Dies heute nachzuholen, wird scheitern.

Gleiche Lebensbedingungen in Ost und West sind die Voraussetzung für ein Gelingen der Einheit. Wenn die jungen Leute in Sachsen-Anhalt dieselben Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben wie die in Baden-Württemberg, wenn die Rentner in Ostdeutschland genauso viel wert sind wie die im Westen, wenn der Sozialhilfeempfänger in Brandenburg nicht noch zusätzlich dafür bestraft wird, dass er Ossi ist... – dann besteht die Chance auf ein gemeinsames Er-Leben.

Gerade weil die Menschen ihre nach 1989 gewonnenen Möglichkeiten nutzen wollen, kehren sie dem Schauplatz der friedlichen Revolution den Rücken. Mag der Einzelne das Gut der Freiheit noch so hoch einschätzen – und viele tun dies zu Recht – es bliebe für nicht wenige im Osten ein Mittel ohne Zugang, ein wertloser Wert.



Zentrale Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Magdeburg

den Menschen in Ostdeutschland durchaus geschätzt, genutzt werden kann sie nur begrenzt.

Eine massive soziale und gesellschaftliche Entwurzelung hat sich im vergangenen Jahrzehnt in Ostdeutschland vollzogen. Fern jeder Sicherheit über die

Die deutsche Einheit war eines nie, eine Erfahrung die alle machen konnten und mussten in ihrem täglichen Leben. Sie hat fast alles verändert für die Menschen im Osten, sie hat fast nichts verändert für viele Menschen im Westen. Weil es nie gewollt war. 1990 ist die

„Du kommst dir doch schon vor wie ein Urgestein“

Interview mit Dr. Heidi Knake-Werner, Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz des Landes Berlin



Der heutigen Zeitung konnte ich entnehmen: Die CDU hat ein neues Wundermittel gefunden – die Kopfpauschale. Und: Herzog hat vorgeschlagen, die Pflegeversicherung zu privatisieren. Das alles in der gesamten Sozialreformdebatte. Wäre die Kopfpauschale ein Mittel?

Die Kopfpauschale ist so ziemlich das Gruseligste, was ich mir im Moment in der sozialpolitischen Debatte vorstellen kann. Eine Kopfpauschale unabhängig vom Einkommen kann ja nur bedeuten, dass man damit nur eine Grundversorgung absichert. Alles andere müsste dann zusätzlich privat versichert werden. Das hieße, dass wir eine Zweiklassenmedizin par excellence bekämen. Diejenigen, die viel verdienen, können die Privatfinanzierung dazu haben und die anderen eben nicht. Das löst jedes Solidaritätsprinzip auf, das wir in der Sozialversicherung zum Glück zur Zeit noch haben.

Es heißt: Der einzelne muss mehr Eigenverantwortung übernehmen und der soziale Ausgleich, unser „Wohlfahrtsstaat“ ist in der Form nicht mehr finanzierbar. Die PDS trifft hier deutlich andere Aussagen. Verschließen wir da vielleicht ein bisschen die Augen vor dem, was finanzierbar ist, oder nicht?

Eigenverantwortung funktioniert nach Kassenlage. Diejenigen, die viel Geld haben, können mehr Eigenverantwortung übernehmen. Die, die nichts haben und seit Jahren arbeitslos oder gerade auf Sozialhilfe angewiesen sind, können gerne mehr Eigenverantwortung für sich reklamieren, aber da, wo es um Geld geht, haben sie einfach die materiellen Ressourcen nicht, um diese Eigenverantwortung auch umzusetzen. Das ist ja der Kerngedanke des Solidarprinzips, dass man gesagt hat: Die Leistungsfähigen in dieser Gesellschaft sollen ein Stück Verantwortung übernehmen für die

weniger Leistungsfähigen. Ich halte dieses Solidarprinzip nach wie vor für etwas, das soziale Gesellschaft ausmacht. Insofern verschließe ich mich keineswegs den Herausforderungen, vor denen wir ganz sicher stehen.

Es gibt andere Möglichkeiten. Ich finde zum Beispiel den Gedanken der Bürgerversicherung diesbezüglich einen völlig sinnvollen. Übrigens, auch wenn alle so tun, das ist ja keine völlig neue Idee. Rente von allen für alle – die PDS hat das schon vor Jahren gefordert. Wir haben damals gesagt: Wir wollen, dass die Gruppe der Beitragszahler erweitert wird. Dass alle Einkommen einbezogen werden, dass Einkommen von Zinsen und Mieten berücksichtigt werden, dass Selbständige, Freiberufler, Beamte usw. in die Rentenversicherung einzahlen. Nur so kann man ein solches Prinzip heutzutage auch aufrecht erhalten. Und das gilt natürlich für die anderen Zweige der Sozialversicherung auch.

Stichwort Generationengerechtigkeit. Die Öffentlichkeit diskutiert im Moment nicht nur über Kürzungen bei der jungen und mittleren Generation, sondern auch bei der älteren. Inwiefern ist denn Generationengerechtigkeit im Moment noch gewährleistet? Funktioniert sie in der Form überhaupt noch?

Die Debatte um die Generationengerechtigkeit ist nach meinem Dafürhalten eine vorgeschobene Debatte. Das eigentliche Problem sind die berühmten Lohnnebenkosten. Das ist der Schlüssel. Hier geht es darum, diese Lohnnebenkosten niedrig zu halten. Weil man das will, sagt man, man müsse die Beiträge niedrig halten. Aber es ist doch die Frage, ob es nicht durchaus akzeptabel ist für eine Gesellschaft, wenn sie – das ist prognostiziert worden – im Jahr 2030 einen Rentenbeitrag von 24 Prozent hat und damit gewährleistet ist, dass alle eine Existenzsichernde Rente bekommen. Das würde doch wahrscheinlich durchaus auf Akzeptanz stoßen in der Bevölkerung.

Wäre das wirklich so? Mein Eindruck ist, dass die Mehrheit der Leute mittlerweile eher das andere verinnerlicht hat und akzeptiert, dass sie mit den Einsparungen und weniger Ansprüchen leben muss. Nehmen wir Hartz I bis IV. Der feh-

lende öffentliche Protest vermittelt den Eindruck, dass die Leute „verstanden“ haben, dass das jetzt notwendig ist.

Ich weiß nicht, ob es die Leute ernsthaft „verstanden“ haben. Auf jeden Fall ist der Mainstream so. Es ist den Leuten doch seit vielen Jahren eingeredet worden: Wir leben über unsere Verhältnisse, wir können uns das nicht mehr leisten, jeder muss seine Ansprüche zurückschrauben, mehr Eigenverantwortung ist gefragt. Das prasselt so auf die Leute ein, dass sie es auch glauben und gar nicht mehr die Hoffnung haben, dass sie in der Zukunft noch berechnete Ansprüche realisieren können.

„Die Debatte um die Generationenfrage ist vorgeschoben.“

Gegen diesen Mainstream müssen wir deutlich machen, dass es alles andere als sozial gerecht ist, wenn vor allem bei denen gekürzt wird, die gar nichts mehr abgeben können. Du kommst dir doch schon vor wie ein Urgestein, wenn du forderst, dass wir das Solidarprinzip in der Gesellschaft nach wie vor hoch halten sollen.

Wir haben in fast allen öffentlichen Haushalten in den letzten Jahren im Sozialbereich eine Reduzierung. In diesem Jahr wieder aufgrund der sinkenden Einnahmen der Länder, Kommunen und auch des Bundes. Du hast das Thema Armut jetzt selber angesprochen. Was macht denn eine rot-rote Landesregierung anders beim Sparen im Sozialbereich als andere Landesregierungen?

Sie versucht zunächst einmal, diejenigen zu schützen, die am allermeisten auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Durchgesetzt, auch gegen unseren Koalitionspartner, haben wir uns damit, dass wir die Regelsätze im Sozialhilfereich nicht abgesenkt haben auf Brandenburger Niveau. Gleichzeitig hat unser Finanzsenator gefordert, auf die reguläre Erhöhung des Regelsatzes in diesem Jahr zu verzichten. Das haben wir verhindert. Was wir hier in dieser Stadt machen ist, dass wir die Infrastruktur an sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen

erhalten, weil wir der Meinung sind, dass gerade die Leute, die sozialhilferechtigt sind oder gering verdienen, am meisten auf diese Art von öffentlicher Daseinsvorsorge angewiesen sind. Sie sind angewiesen darauf, dass die Nachbarschaftszentren mit all ihren kostenfreien Angeboten funktionieren. Dass sie Beratungsstellen für ihre Probleme finden, dass sie die Möglichkeit haben, ihre Kinder in kostenfreie Freizeiten zu schicken und vieles andere mehr. Das gleiche gilt für alles, was wir im Bereich von Integration und Migration machen. Trotz knapper Kassen setzen wir hier einen Schwerpunkt, um Ausgrenzung zu vermindern.

Wir versuchen natürlich schon auch einzusparen in bestimmten Bereichen, aber wir leisten uns zusätzlich da, wo der Bedarf besonders groß ist, auch zusätzliche Angebote. Zum Beispiel: Wir ergänzen unser Angebot an Sucht- und Drogenberatung und -behandlung durch Druckräume für Schwerstabhängige und setzen einen zusätzlichen Schwerpunkt auf Prävention. So versuchen wir, mit dem wenigen Geld, was wir haben, trotzdem auch innovativ zu sein.

Es ist etwas ruhiger geworden um Rot-Rot in Berlin. Die Aufregung ist nicht mehr so heftig, auch die Debatten um eure Entscheidungen. Woran liegt das? Was habt ihr geändert?

Erstens: Es ist akzeptiert, dass es so etwas wie Rot-Rot gibt. Zweitens haben wir uns von Anfang an bemüht, unsere inneren Querelen nicht nach außen zu tragen. Wir unterscheiden uns wohlthuend von allen hiesigen Vorgängerregierungen. Dadurch haben wir, glaube ich, eine relativ große Akzeptanz.

„Der Blick auf Rot-Rot ändert sich.“

Was die PDS-Seite angeht, denke ich, dass wir dadurch, dass wir einen anderen Politikstil pflegen, als das andere gemacht haben, Anerkennung finden. Wir haben den Anspruch, das Prinzip Betroffene zu Beteiligten zu machen, mit Leben zu erfüllen. Ich denke, es sickert so nach und nach durch, dass ein anderer Politikanspruch da ist. Von

daher ändert sich der Blick auf Rot-Rot. Unsere Entscheidungsalternativen offen und transparent zu machen gehört ebenso dazu, wie sich mit Menschen vor Ort zu beraten.

Es gab jetzt eine Verständigung mit dem Parteivorstand zur Politik der Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin – die erste dieser Art. Ihr habt auf den letzten Bundesparteitagen sehr viel Kritik einstecken müssen. War das ein Kommunikationsproblem oder sind das zum Teil auch erhebliche inhaltliche Differenzen?

Es gibt beides. Es gibt sicherlich auch inhaltliche Differenzen, was ich auch in Ordnung finde, weil es der Partei obliegt, ihre Regierungen, die auch keine Alleinregierungen sind, sondern sich in Koalitionen bewegen, und zwar in der Regel als Juniorpartner, zu kontrollieren und auch zu begleiten. Hoffentlich kritisch-solidarisch zu begleiten.

Von daher gibt es immer auch inhaltliche Kontroversen, aber es gab auch sehr wenig Informationen.

Ich habe auch den Eindruck, dass sich der vorige Vorstand nicht die Mühe gemacht hat, wirklich einmal zu horten, welcher Logik folgen die eigentlich in der Regierungsbeteiligung, was sind unsere Überlegungen, was sind unsere Konzepte, wie stellen wir uns eine Entwicklung dieser Stadt vor. Was stellen wir uns denn darunter vor, wenn wir sagen, ja, wir finden es richtig, einen Konsolidierungsprozess mitzutragen? Was ist das eigentlich für uns Gestaltungsfähigkeit zurückzugewinnen und ich sage: Schlimmeres zu verhindern ist auch ein Wert. Das sage ich auch im tiefsten Bewusstsein angesichts dessen, was ich im Moment in der Öffentlichkeit erlebe. Ich sehe niemanden sonst, der noch in der Lage ist, Schlimmeres zu verhindern. Ich weiß nicht, wo die Grünen im Bund versuchen, Schlimmeres zu verhindern, die machen vieles schlimmer. Wir haben in dieser Regierungsbeteiligung immer noch die Chance, Dinge zu verhindern und zu sagen: Nein, Stopp hier, so geht das nicht mit uns.

Vielen Dank.

Das Gespräch führten Matthias Höhn (Chefredakteur) und Dr. Martin Reso.

Ein Verhältnis im verflixten 13. Jahr – Ein menschlicher Rückblick

von Birke Bull

Liebesgeschichten passen besser in den Sommer. Der Fall der Mauer hätte da wohl besser in den Sommer als in den grauen November gepasst. Es muss ein Skeptiker gewesen sein, der hier geplant hat. Für mich war das damals in Ordnung so. Da war eh mehr Beklemmung als Begeisterung. Die deutsche Teilung lag mir so sehr nicht auf der Seele. Und die DDR war nach ihrem 40. gerade interessant geworden, statt Ruhm und Ehre nun geistiges und politisches Neuland. Ein bisschen mehr Zeit für Selbstfindung hätte uns sicher gut getan. Demokratie und Selbstbestimmung hätten wir höchstselbst ausprobieren, unsere Fehler mit uns selbst ausmachen können und müssen. Das war uns und anderen wohl zu anstrengend. Der Preis war ein Stück unseres Selbstwertgefühls.

Noch lange beschlich mich Heimweh – in Köln, Bonn oder Hannover – wenn ich

mich in meinem tiefsten Sächsisch erkenntlich zeigen sollte. Musik und Literatur aus dem Osten waren Kunst und Seelenmassage zugleich. Das grüne Ampelmännchen hätten wir wohl kaum so schätzen gelernt, die Abwesenheit der Schlagersüßtafel vermutlich nicht einmal bemerkt, wenn sie nicht zu tapferen Bastionen ostdeutscher Überlebenskämpfe getaucht hätten. Mit keinem Wessi-Witz hätten wir es ihnen heimzahlen können, den Wessis. Was hätten wir ihnen auch heimzahlen sollen? Dass auch uns nach unserer erfolglosen Planwirtschaft nichts anderes als Marktwirtschaft eingefallen wäre? Dass das mit dem Wirtschaftswunder auch in einem nachsozialistischen Alleingang keine so leichte Übung geworden wäre? Dass wir es 1990 selbst waren, die die absolute Mehrheit an die Allianz der Konservativen gegeben haben?

Aber dafür, dass in Sachsen-Anhalt erst im verflixten 13. Jahr das erste Mal ein Ossi Direktor eines Landesamtes wird, dafür, dass ich an der Magdeburger Uni die Professoren aus den neuen Ländern vermutlich an einer Hand abzählen könnte, dafür, dass mein halbsächsisch in jeder halbgewalkten Komödie immer für halbdoof erhalten muss, ja, dafür würde ich ganz gern noch den einen oder anderen Wessi-Witz erfinden.

Über mich selbst als Karikatur habe ich im Kino nun ausreichend gelacht. Die Ostshows gehen mir auf die Nerven. Kaffee Röstfein werde ich auch künftig nicht kaufen, einfach weil er mir nicht schmeckt.

Betroffenheit klingt ab und Gelassenheit nimmt zu. Mit 40 kommt auch bei mir so nach und nach die Bodenhaftung, weniger auf ostdeutschem sondern mehr auf gesamtdeutschem Boden.

Station des Holocausts – Der 9. November 1938

von Anke Lohmann

Die Neue Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin war eine der wenigen, die der Zerstörung in der Nacht zwischen dem 9. und 10. November 1938 entging. Der Polizist Wilhelm Krützfeld, verhinderte ein Übergreifen des durch SA-Männer gelegten Brandes. Mit Hilfe eines Dokumentes, das den Bau als denkmalgeschützt auswies, setzte er den Abzug der Brandstifter durch und alarmierte erfolgreich die Feuerwehr, die eigentlich nur das Übergreifen von Flammen auf benachbartes „arisches“ Eigentum verhindern sollte. Das Vorgehen während des reichsweiten Pogroms war durch die NSDAP-Führung abgestimmt und sollte medial als spontane Reaktion der Bevölkerung auf den Tod des deutschen Diplomaten Ernst von Rath inszeniert werden. Dieser war zwei Tage zuvor in Paris durch den siebzehnjährigen Juden Herschel Grünsplan aus Protest gegen die Deportation seiner Verwandten an die deutsch-polnische Grenze niedergeschossen worden.

Der Fall in der Oranienburger Straße blieb die Ausnahme, der maßgeblich durch Goebbels angeschobene Pogrom verlief weitestgehend ohne Widerstand. Dem organisierten Vorgehen der SA schlossen sich vielerorts zunächst Unbe-

teiligte an. Kinder warfen die Scheiben jüdisch bewohnter Häuser ein, Frauen stachelten zur Gewalt an und schleppten das Hab und Gut ihrer Nachbarsfamilien fort, junge Männer prügeln Jüdinnen und Juden durch die Straßen. Dem Pogrom fielen mehrere hundert Menschen zum Opfer: erschlagen in der gleichen Nacht, in Lagern ermordet oder nach sexueller Gewalt und Entwürdigung in den Selbstmord getrieben.

„Die Nacht des 9. November markierte für die Weltöffentlichkeit den völligen Bruch mit einer Bevölkerungsgruppe, deren administrative Entrechtung seit 1933 fortschritt.“

In der Diskussion über die in den Tagen um den 9. November begangenen Straftaten wurde zwischen idealistischen Motiven und selbstsüchtigen, wie Plünderungen und sexuellen Übergriffen unterschieden, die u.a. zum Ausschluss

aus der NSDAP führen konnten. Erstere Kategorie – ohne strafrechtliche Relevanz – betraf die Ermordung von Jüdinnen und Juden. Zweitere Entgleisungen der arischen Volksgemeinschaft erschienen der Parteiführung ebenso unpassend, wie die ebenso durch diese zu tragenden hohen Versicherungsleistungen für die materiellen Schäden. Im Ergebnis bürdete man den jüdischen Opfern die „Geldbuße“ von einer Milliarde Reichsmark auf.

Die Nacht des 9. November markierte für die Weltöffentlichkeit den völligen Bruch mit einer Bevölkerungsgruppe, deren administrative Entrechtung seit 1933 fortschritt. Ca. 26.000 Juden wurden in Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen interniert, viele monatelang gequält und wieder freigelassen meist nur durch Nachweis eines Visa und Tickets zum Verlassen des Landes. Damit lief das Ende der ersten Phase des Vernichtungsprozesses an, die der endgültigen Ausgrenzung und Emigration. Der millionenfache Mord, der sich anschloss, wurde nicht mehr schwer kontrollierbarer Straßengewalt überlassen, sondern immer weiter systematisiert, in mobilen Gaswagen, durch Massenexekutionen und letztlich in den Todesfabriken.

Verspielte Zukunft oder: Haus halten oder Haus abreißen?

von Dr. Petra Sitte, Fraktionsvorsitzende der PDS

Regierungsziele sollten eine Vorstellung geben, was am Ende eines Prozesses steht. Ein Ziel ist mehr als Weg. Weniger Geld ausgeben zu wollen, beschreibt allenfalls einen Weg, kein Ziel! Wenn die Landesregierung weniger Geld ausgeben, weniger Personal beschäftigen will, wenn sie Neuverschuldung reduzieren will, bleibt die Frage: Was soll erreicht werden? Wofür sollen sich zusätzliche Lasten lohnen?

Der Ministerpräsident hat eine Zukunftsdebatte angestoßen. Welche inhaltlichen Vorstellungen hat er von dieser Zukunft? Nur diese: Das Land muss weniger Geld ausgeben. Bürger sollen Einsicht dafür aufbringen, dass sie im Gegenzug mehr Geld ausgeben müssen. Zur Ehrlichkeit einer Zukunftsdebatte gehört, dass sich die Regierung der Frage stellt, warum trotz stetig wachsenden gesellschaftlichen Reichtums die Leute immer weniger bekommen.

Der Ministerpräsident verkürzt die Fragestellung unzulässig, wenn er nur die Ausgabeseite anspricht, angesichts des Volksbegehrens lediglich klarstellt, dass die Ausgaben für Kinderbetreuung eine Gefahr für das Land darstellen.

Wir haben uns den Haushalt angesehen und geprüft, ob die Forderungen des Volksbegehrens tatsächlich ruinös sind. Resultat: Eine andere Einschätzung, die auf realistischen Vorschlägen zur

Gegenfinanzierung beruht. Der Finanzminister hat diese als Zahlenspielereien diffamiert. Ihre Realisierbarkeit allerdings hat er nicht bezweifelt!

Also: Gehört Kinderfreundlichkeit zu den Entwicklungszielen dieser Gesellschaft oder nicht? Was haben Kinder und Jugendliche zu erwarten? Wollen wir Kinder und Jugendliche in unserem Haus halten?

Hier endlich kommt Politik in die Pflicht. Sie muss Prioritäten setzen und entscheiden. Wir befinden uns wohl in einem Entwicklungsstadium, in dem die meisten konventionellen Versuche, Probleme zu lösen, nur geeignet sind, die Probleme zu eskalieren. Wir müssen uns über die Entwicklungsziele und -grundlagen einig werden. Von Zukunftsinvestitionen in Innovationspotenzial muss die Rede sein. In der Verfassung stehen Staatsziele; Ökonomie, Ökologie, Soziales sowie Politik und Verwaltung gehören in die Debatte. Vokabeln wie „Nachhaltigkeitsstrategie“ oder „Agenda 21“ tauchen in der Koalitionsvereinbarung nicht einmal auf.

Der Ministerpräsident kümmert sich nicht wirklich um Gegenstrategien zur Erweiterung der beklagten engen finanziellen Spielräume. Schimpfen auf Entscheidungen der Bundesregierung – durchaus berechtigt – geht nicht damit einher, konsistente Gegenvorschläge zu

unterbreiten. Er zerrt nicht einmal an den Ketten, wie Entscheidungen aus dem Bundesrat zu lasten der Ostländer belegen. Steuergeschenke, von der Landesregierung mitgetragen, machen ein Minus von 320 bis 410 Millionen Euro im Haushalt aus.

Versuche der Bundesregierung zu einer Gemeindefinanzreform werden letztlich nicht zu mehr Steuern führen. Das hätte die Einbeziehung von gewinnunabhängigen Kennziffern wie Mieten, Pachten, Zinsen erbracht, die im Modell der kommunalen Spitzenverbände vorhanden waren und auch von uns gefordert werden.

Ein Soforthilfeprogramm für die Kommunen ist zwingend, um 2004 überhaupt Investitionen ausführen zu können. Mehr Handlungsspielraum für Kommunen bedeutet Einführung von Kultur-, Sozial- und Jugendpauschalen. Viele Kürzungen landen auf dem Tisch der Kommunen. Kürzungen für den Kinder- und Jugendring, Beerdigung der Schulsozialarbeit, Kürzungen in der Jugendsozialarbeit und im Bereich Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz sowie bei freien Trägern und Kindertagesstätten für Investitionen – all das führt irgendwann zu Entwicklungsproblemen, die uns nicht nur inhaltlich beschäftigen, sondern auch noch teuer zu stehen kommen werden.

Dazu ein Rückgang um 7,6 Millionen Euro zur Unterstützung arbeitsmarktpolitischer Instrumente.

Nun könnte sich eine letzte Hoffnung für Gestaltungspolitik des Landes auf die Wirtschaft selbst beziehen. Aber – Fehlanzeige. Die Investitionsquote sinkt auf 18,5 Prozent, die Mittelstandsförderung wird um 2,1 Millionen Euro gesenkt. Forschungs- und Technologieförderung – sie wird um 3,7 Millionen Euro reduziert. Chancen auf neue Impulse zur Unterstützung bei der Einführung neuer Produkte und Technologien verringern sich weiter.

Was ist die Grundbotschaft dieses Haushaltes? Er kennt keine Schwerpunkte. Die Absenkungen treffen Bereiche, in denen Gestaltungspolitik angekündigt wurde. Trotz extremster Streichungspolitik kommt es nicht zu nachhaltiger Haushaltskonsolidierung.

Wo keine Ziele gesetzt werden, beginnt Resignation, und das Mögliche wird unmöglich.



Digitaler Rundfunk – Radio und Fernsehen der nächsten Generation

von Dr. Martin Reso

Rundfunk informiert, unterhält, bildet, Rundfunk ist teuer, und mit Rundfunk kann man Geld verdienen, viel Geld. Rundfunk veranstalten kann nur, wer eine lizenzierte Frequenz hat. Rundfunkfrequenzen sind ein öffentliches Gut und sie sind knapp. Sie werden international koordiniert, damit ein störungsfreier Empfang des Radio- und Fernsehsignals gewährleistet ist, und sie werden in der Obhut des Staates vergeben, in Sachsen-Anhalt sogar unter Einbeziehung des Kultur- und Medienausschusses des Landtages.

Das Rundfunkrecht ist detailliert und engmaschig, auch weil dahinter ein riesiger Industriezweig steht, der massenhaft technisch immer hochwertigere Geräte verkaufen will. Gerätetechnische Innovationen erweitern die Möglichkeiten des Rundfunks und ziehen neuen rechtlichen Regelungsbedarf nach sich. Hier schließt sich der Kreis. Die Parlamente müssen entscheiden. Aber worüber? Gerade im Medienbereich gibt es Regelungsbedarf, der erst Jahre später zum Tragen kommt und nur von wenigen Experten überhaupt in etwa abgeschätzt werden kann. Zu diesen muss man gehen und muss sie befragen, um als Gesetzgeber verantwortlich entscheiden zu können. Genau das war der Zweck einer viertägigen Informationsreise des Ausschusses für Kultur und Medien.

Wir befinden uns mitten in einer Revolution des gesamten elektronischen Medienwesens, zusammengefasst unter dem Begriff Digitalisierung. Sie behebt die Frequenznot, ermöglicht mehr Sender und andere Formen von Programmen, verbessert Bild- und Tonqualität, erlaubt Interaktivität, von der schon Brecht in den Anfangsjahren des Radios träumte. Alles das (und noch viel mehr) ist möglich, wenn es bezahlt werden kann. Bezahlt sowohl von den Rundfunkveranstaltern als auch von den Hörern und Sehern, die neue Geräte oder Zusatzgeräte brauchen, um die digitalen Signale empfangen zu können. Eine außergewöhnlich interessante Station war der Besuch des Satellitenbetreibers ASTRA. Neben raumfahrttechnischen Details ging es hier um die neue Konkurrenzsituation, die mit der Einführung des DVBT, der terrestrischen Abstrahlung eines digitalen Rundfunksignals, entsteht, was in der Endkonse-



Der Ausschuss für Kultur und Medien des Landtages zu Besuch bei SAS Astra in Luxemburg

quenz bedeuten könnte, dass weniger Kunden auf Dienste des Satellitenbetreibers zurückgreifen, weil sie ihre Nachrichten über einen Funkturm billiger an den Mann bringen können. Diese Gefahr sehen die ASTRA-Leute nicht für sich. DVBT wird sich bei dem hohen Ausstattungsgrad der Haushalte mit Satellitenschüsseln auf die Ballungsräume konzentrieren. Viel schwieriger werde die Situation für die Kabelnetzbetreiber, die eine hohe monatliche Gebühr für die Signalführung in die Haushalte kassieren, die man sich dann sparen kann, weil man mit einer Set-Top-Box für etwa 150 Euro und einer Zimmerantenne das meiste, was es jetzt per Kabel gibt, auch ohne Kabelgebühr empfangen kann. Die Kabelnetzbetreiber brauchen ein neues Angebot, wenn sie ihre Kunden binden wollen. Und die Konzeptionen dafür haben sie wohl auch schon, denn Kabelnetze werden zur Zeit allerorten mit großem Aufwand modernisiert.

Spannend waren in Mainz beim ZDF wie bei RTL die unterschiedlichen Positionierungen zum Thema Sportübertragungen im Fernsehen. Die Privaten sehen in den Rundfunkgebühren eine Subvention, die sie in einen Wettbewerbsnachteil bringt, und sagen, dass sie die Aufgaben des

öffentlich-rechtlichen Rundfunks abdecken könnten und dieser also abgeschafft gehört. Das Bundesverfassungsgericht hat dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk Bestandsschutz zugesichert, weil nur er den Programmauftrag dieses Mediums unbeeinflusst von Konjunkturschwankungen absichern kann. Er ist unverzichtbar, was auch im europäischen Rahmen akzeptiert ist, aber immer wieder in Frage gestellt wird. Nun stehen 2005 Gebührenerhöhungen an. Die Privaten meinen, dass mit dieser Gebührenerhöhung die teuren Sportübertragungsrechte, insbesondere für den Fußball, bezahlt werden sollen, die die ARD bekommen haben, weil sie einen Preis zahlten, den die kommerziellen Sender über ihre Werbeeinnahmen nicht refinanzieren können. Die Chefs des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sagen: Sport muss sein, darauf haben die Leute ein Recht, und haben sich die Sportübertragungsrechte gekauft und senden. Die neue Sportschau bei der ARD steht als Beweis. Und sie erinnern daran, dass die Preisexplosion für diese Übertragungsrechte ja erst durch die privaten Rundfunkveranstalter ausgelöst wurde. Die Krise mancher Sportvereine auf Bundesebene ist eng verbunden mit der Kirch-Pleite.

Um welche Werte geht es?

von Jana Lankau, Bernburg

Die Diskussion um die Kinderbetreuung bzw. das Volksbegehren schlägt in der Öffentlichkeit hohe Wellen. Eine sehr aufgeregte Diskussion ist in Gang gekommen zwischen denjenigen, die Sparen an dieser Stelle für angebracht halten (vermutlich, weil sie nicht selbst betroffen sind) und denen, die Sparen an der kommenden Generation für verwerflich halten. Nebenbei werden auch alte Ressentiments gegen die Betreuung der Kinder außerhalb der Familie reaktiviert. Und weil man gerade dabei ist, bekommen die heutigen Eltern eins auf den Deckel, weil sie nicht in der Lage sind, ihre Brut zu Anstand und Benehmen zu erziehen. Werteerziehung ist wieder in der Debatte.

Ich frage mich nur, welche Werte gemeint sind. Will ich mein Kind zu Solidarität erziehen, muss ich sehen, wie die Lan-

desregierung die Gesellschaft entsolidarisiert, indem sie die einen berechtigten Interessen gegen die anderen ausspielt – nach dem Motto, wer beim Volksbegehren unterschreibt, will, dass alle Theater, oder zwei Hochschulen geschlossen werden – anstatt nach Lösungen zu suchen. Will ich Kinder zu einer demokratischen Grundhaltung erziehen, muss ich erleben, wie Erzieherinnen mit Kündigung gedroht wird, falls sie es wagen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, und das Volksbegehren unterzeichnen. Will ich sie zu Bescheidenheit erziehen, muss ich wissen, dass nur die Aufschneider und die, die sich präsentieren, Lehrstellen und Arbeitsplätze bekommen. Will ich ihnen soziales Verhalten beibringen, weiß ich im Hinterkopf, dass die Ellbogen ihre wichtigsten und am besten trainierten Körperteile

sein müssen. Will ich Kinder zu Toleranz erziehen, weiß ich, dass sie in einer Atmosphäre der Fremdenfeindlichkeit aufwachsen, wo andere Asylbewerberheime schon mal als „Bazillenmutter-schiff“ bezeichnen. Will ich, dass sie sich für Schwächere einsetzen, erlebe ich die Ausgrenzung von Minderheiten, die Suche nach Sündenböcken und nach Personengruppen, die in der Hierarchie noch niedriger stehen, als man selbst. Will ich sie Vertrauen in die Menschheit lehren, muss ich wissen, dass Misstrauen nirgendwo angebracht wäre. Welche Werte sind also gemeint? Wenn Ordnung, Fleiß und Pünktlichkeit alles sein soll, was wir zu bieten haben, dann Gute Nacht Deutschland. Der Werteverfall hat in Deutschland längst stattgefunden – lange vor der jetzt heranwachsenden Generation.

Volksbegehren gegen die Kürzungen bei der Kinderbetreuung läuft Die PDS ist dabei!



22. Oktober 2003, 17.00 Uhr, Geschäftsstelle Barmer, Merseburger Str. 237
„Frauen sind anders? Arzneimittel auch?“

3. November 2003, 14.30 Uhr, Bürgerhaus „alternativE“, Gustav-Bachmann-Str. 33, Halle
„Zur aktuellen politischen Entwicklung in New Zealand“

6. November 2003, 17.00 Uhr, Hotel Kaiserhof Naumburg, Bahnhofstr. 35–37
„Der Rassismus: Entstehung und Wirkungsmacht, sein Ort in der deutschen Geschichte und seine Aktualität“

12. November 2003, 15.30 Uhr, Bürgerhaus „alternativE“, Gustav-Bachmann-Str. 33, Halle
„Aktuelle Debatten um Verschwörungstheorien“

13. November 2003, 16.00 Uhr, Courage e.V., Schleiermacherstr. 39, Halle
„Zum Umgang mit Ohnmacht, Wut und Aggressionen – frauenspezifische Bewältigungsstrategien“

BILDUNGSVEREIN ELBE-SAALE E.V.
bildungsverein.elbe-saale@t-online.de oder 0391/7324980

Mit Che für Volk und Vaterland Stilwandel rechter Jugendkultur

von Laura Apprich

Die definitorische Zuschreibung rechte Jugendkultur durch glatzköpfigen Skinheads in Bomberjacke und Stiefeln vertreten zu sehen, trifft seit einigen Jahren nicht mehr zu. Sie hat seit ehemals Rechtsextremismus in der öffentlichen Wahrnehmung auf einen militanten Begriff verkürzt und stand damit der Analyse von gesellschaftlichen Bedingungen und Ausprägungen eher im Weg. Aber selbst wenn man den Blick auf gewaltbereite junge Männer verengt, greift die Beschreibung von Skinheads zu kurz. Besonders in Sachsen-Anhalt, durchbrechen Hallesche und Magdeburger Neonazis seit einigen Jahren ehemals stilistische Tabus. Springerstiefel wurden gegen Turnschuhe getauscht, die Bomberjacke ist eher smarten Sport- und Freizeitjacken gewichen. Provokativ lassen sich T-Shirts mit dem Konterfei von Che Guevara, die „Kafiya“ (das so genannte Palästinensertuch) oder die Musik von Ton Steine Scherben auf den Aufmärschen der rechtsextremen freien Kameradschaften einsetzen. Che Guevara wird über den Gedanken des Widerstandskämpfers für die eigene Sache reklamiert, die Kafiya dient als antisemitisches Statement und Ton Steine Scherben werden als Protestkultur



Demonstration am 17. Juni 2002 in Bitterfeld

Politisches Bekenntnis und Bauchnabelpiercing

Integriert in diesen stilistischen Wandel ist die Verschlüsselung ideologischer Botschaften, die nur eingeweihten Szenenanhängern bekannt sind. Dabei gehen die Festigung einer Szeneidentität und die Vermeidung verfassungsfeindlicher Kennzeichen Hand in Hand. Die altbewährte Zahlen-codierung von verbotene

in Deutschland im September 2000 mit der Zahlenkombination 28 weiter in der Öffentlichkeit protegiert. Die Nachfolgestrukturen von Blood and Honour haben zudem maßgeblich den Style von Hardcore und Rockerszene adaptiert. In den Versänden finden sich Klamotten mit „...Flammenwänden, Billardkugeln, Spielkarten und das alles in bunten und peppigen Farben“. Auch an die modebewusste junge Frau wird gedacht, Tops und bauchfreie Girlie-Shirts finden sich ebenfalls. Das Versteckspiel, rechte Inhalte in Zahlencodes, Abkürzungen und Anspielungen zu verpacken, hilft beim ungestörten Agieren politisch Gefestigter. Verbindet es sich mit Ohnmacht, Ignoranz oder Akzeptanz kommunaler und pädagogischer Entscheidungsträger, durchbricht die Pflege rassistischer, antisemitischer und antidemokratischer Ressentiments enge Szenegrenzen. „Mit der Macht, die sie in manchen Regionen ausüben und ausstrahlen, entwickelten sich die rechten Cliques zum teilweise bestimmenden Faktor in der Sozialisation vieler Jugendlicher.“



Demonstration am 17. Juni 2002 in Bitterfeld

vereinnahmt. Dass dieses Vorgehen nicht logischer Argumentation entspricht, ist weniger von Bedeutung als das Fantasiekonstrukt vom rechten Widerstandskämpfer, der die Nation vor zionistischer Weltverschwörung und Scheindemokratie rettet.

nen und eindeutigen Bezeichnungen, z.B. 88 für die Grußformel „Heil Hitler“, stand Pate für die neue Bezeichnung von Blood and Honour. Das international verzweigte neonazistische Netzwerk, das an der Verbindung von Musik und Politik arbeitet, wird seit seinem Verbot

Von T-Hemden und Lichtscheiben

Wesentlicher Bestandteil in der Analyse rechten Lifestyles, der sich in der Wahl bestimmter Musik und Klamotten ausdrücken kann, ist deren kommerzielle Bedeutung. „Das Geschäft mit Neonazi-



Neonazi mit Tätowierung „Schwarze Sonne“, Demonstration am 17. Juni 2002 in Bitterfeld

bekleidung und den einschlägigen Accessoires ist ein Millionenmarkt geworden; und die Frage, ob das Geld in die Szene zurückfließt, muss häufig bejaht werden...“ Die Betreiber von Ladenlokalen und Versänden nehmen dabei oft zentrale Funktion in den rechten Netzwerken ein. Sie vermitteln Kontakte, bieten Treffpunkte und können sich als Trendsetter betätigen. Damit geht die Entwicklung eigener Marken einher, deren rechtlicher Schutz beim Markenregister des deutschen Patentamtes beantragt wird. Kultmarken wie FRED PERRY und LONSDALE sind in den Augen der Kameraden unangenehm durch nichtrechte Imagepflege und Unterstützung von „Anti-Rechts-Kampagnen“ aufgefallen. Mit der Entwicklung neuer Logos wie CONSDAPLE ist die gewünschte Eindeutigkeit wieder hergestellt, der Name enthält nicht nur das Fragment, sondern die vollständige Buchstabenfolge von „NSDAP“.

Vom Hakenkreuz zur Schwarzen Sonne

Die Modifizierung und Codierung stilistischer Elemente in der rechten Szene hat einen weiteren Aspekt. Die Verbindung von politischer Aktion zu einer allgemein bestimmbaren Jugendszene nimmt ab.

Das Schneiden der Glatze als Initiation in die rechte Jugend-Clique, beliebte Einstellung in einschlägigen Kinofilmen, ist überflüssig geworden. Das ideologische Bekenntnis zu Volk, Nation und Nationalsozialismus manifestiert sich nicht mehr allein in festgelegten Äußerlichkeiten. Von Black Metal bis zum Hip Hop reichen die Angebote extrem rechter Musik und Stilangebote. Im Dark Wave Bereich hat sich ein kleiner aber fester Kreis extrem echter Bands etabliert. Mit intellektueller Attitüde werden dort die faschistischen Inhalte dergestalt verschlüsselt, dass das Durchzäh-

len des Alphabetes nicht mehr reicht. Es bedarf einer Zusammenschau von Texten, Bezügen, ästhetischer Inszenierung, politischer Aussagen und der miteinander kooperierenden Personen. Das z.B. häufig verwandte Symbol der Schwarzen Sonne ist bei nicht Szeneangehörigen gänzlich unbekannt. Dabei kann das Mosaik aus der Wewelsburg in Büren das verbotene Hakenkreuz ideal ersetzen. Die Burg wurde von 1939 bis 1943 mit Hilfe von KZ-Häftlingen zur Kult- und Schulungsstätte des SS ausgebaut, das Mosaik wurde in dieser Zeit im Boden des so genannte SS-Obergruppenführersaal eingelassen. Indem man dieses klar zuordbare Symbol verwendet, schafft man den eindeutig positiven Bezug auf den Nationalsozialismus.

Strategischer Zugriff?

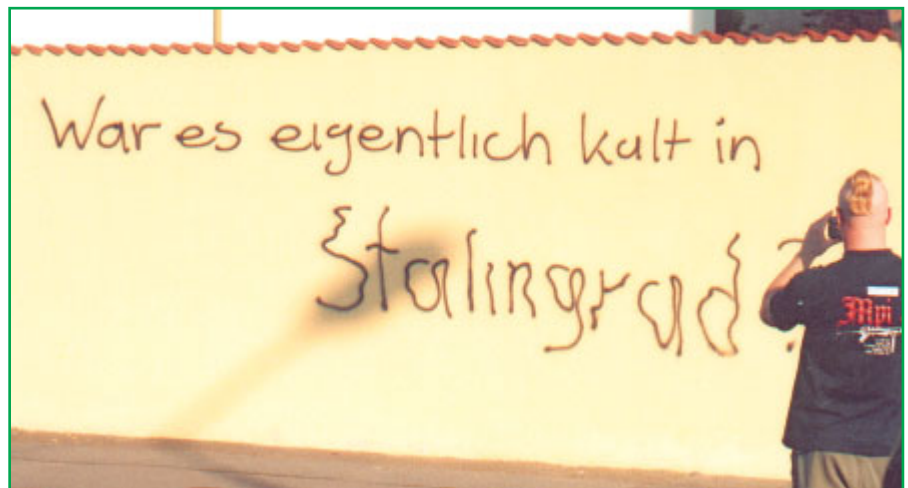
Antifaschistische Initiativen gingen vor einigen Jahren eher von einem Zugriff der organisierten Rechten, flankiert von strategischen Überlegungen, auf verschiedenste Jugendkulturen aus. Heute muss man im Ergebnis der Auseinandersetzung in den Szenen sagen, dass es ein Anknüpfen an wohlstandschauvinistische, antisemitische und rassistische Stereotype aus den Szenen selbst heraus gibt.

In Bildungs- und Informationsveranstaltungen zeigen sich immer wieder alarmierende Einstellungen junger Teilnehmer. Sie äußern sich angewidert über die jüdisch-christliche „Verweichlichung“ des vermeintlichen „Recht des Stärkeren“. Einzelne Meinungen vertreten das Recht auf Euthanasie im Sinne des Nationalsozialismus. Eine diesen Prinzipien verpflichtete Gesellschaft bedarf selbstverständlich auch nicht der

parlamentarischen Demokratie. Dabei spielen nicht nur verstümmelte Geschichtskennntnisse bei Jugendlichen eine Rolle, der Vertrauensverlust in die praktische Politik ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Zudem sind Leistung, Verwertbarkeit und Konkurrenz bestimmendere Merkmale unserer Lebenspraxis als Solidarität. Einfache Antworten auf komplexe Probleme werden nicht exklusiv im latent oder gefestigt rechten Lager vertreten. Daraus erklärt sich auch, warum rechte Parteien und Kameradschaften Sozialfragen, Sexualstraftaten und Drogenmissbrauch thematisieren.

Fazit

Die Ausdifferenzierung rechter Jugendkultur in verschiedene Szenen wirft die Frage nach der gesellschaftlichen Verankerung und dem politischen Wirkungsgrad der Neonazis auf. Formiert sich Szene übergreifend eine rechte Bewegung oder durchlaufen etliche Nazis die Szenen mit dem Schlussergebnis von politisch inaktiven Fans verschiedener Musikrichtungen? Herausfordernd ist die verbreiterte Präsenz rechter Ideologie allemal. Heute ist es mehr denn je nötig, sich dem Gehalt der politischen Aussagen zu stellen. Eine Aufgabe, die gar nicht so leicht ist, wie sich am Beispiel der Friedensdemonstrationen gegen den Irakkrieg herausgestellt hat. Auf das organisierte Auftreten von Nazis, die förmlich durch Sachsen-Anhalt tourten, wurde überwiegend mit Ohnmacht und argumentativer Unsicherheit reagiert. Hier drängt sich die Frage auf, ob den Organisatoren immer klar war, worin sich Antiamerikanismus und Antisemitismus begegnen.



Quo vadis Musikschullandschaft?

von Stefan Gebhardt

Die Musikschullandschaft Sachsen-Anhalts war in der vergangenen Zeit in aller Munde. Ob bei den Kommunen, im Landesparlament oder in den Tageszeitungen – überall war über die Musikschulen des Landes zu hören oder lesen. Worum ging es? Ging es um die positive Vorreiterrolle, die Sachsen-Anhalt bei der Ausgestaltung eines Musikschulgesetzes inne hat? Oder ging es um die qualitativ ausgezeichnete Musikschullandschaft, die bundesweit einen sehr guten Ruf genießt? Oder ging es um den engagiert arbeitenden Landesverband der Musikschulen und eines seiner Modellprojekte? Nein. Leider waren es auch diesmal keine positiven Schlagzeilen, die das Land mit der oft zitierten „Roten Laterne“ durchaus mal hätte gebrauchen können. Vielmehr ging es um Schlagzeilen, die zu einer enormen Verunsicherung bei den Musikschulen und deren Trägern führten.

Begonnen hatte alles mit einem Wahlversprechen, dem Versprechen nämlich, den Kommunen des Landes mehr Geld zur freien Verfügung zu geben. Dieses Versprechen wurde auch in jüngster Vergangenheit vom Innenminister Klaus Jeziorsky ständig neu bekräftigt. Woher aber das Geld nehmen, wenn nicht stehen? Mehreinnahmen waren und sind für das Land nicht in Sicht und „Sparen, Sparen, Sparen“ als oberste Regierungsdevise längst Prinzip. Also doch stehen? Vielleicht bei den Musikschulen? So ähnlich jedenfalls muss es in einigen Köpfen der Landesregierung gerattert haben, als man sich ein neues Finanzierungsmodell für die Musikschullandschaft überlegte. Mit Vorlage des Haushaltsentwurfs der Landesregierung wurde deutlich, wie

sich künftig die Förderpraxis bei den Musikschulen ändern sollte: Von den ursprünglich 3,3 Millionen Euro, die bisher direkt zur Musikschulförderung im Kulturretat eingestellt waren, hatte man 1,5 Millionen Euro herausgenommen. Diese sollten von nun an über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) an die Kommunen ausgereicht werden zur freien Verfügung – und damit ohne Zweckbindung wohlgeordnet. So argumentierte man, dass ja die Musikschulförderung hauptsächlich Angelegenheit der Kommunen sei und sie deshalb mit diesen Mitteln auch ihre Musikschule finanzieren könnten. Grundsätzlich, den Kommunen mehr Mittel zur freien Verfügung bereitzustellen, ist ja auch eine hervorragende Idee, doch wie so oft, liegt der Teufel im Detail. Denn Tatsache ist, dass die finanzielle Situation der Kommunen höchst dramatisch ist. Und aufgrund dieser dramatischen Finanzsituation ist wohl kaum eine Kommune in der Lage, Mittel zur freien Verfügung auch für so genannte freiwillige Leistungen so einzusetzen, wie sie es denn selbst gern würde. Viele Kommunen können nicht mal ihre Pflichtaufgaben vollständig und mühelos realisieren. Und bei der Aufstellung der Kommunalhaushalte bildet Musikschulförderung als freiwillige Aufgabe nun mal das letzte Glied in der Kette. Das Argument der Landesregierung, man solle doch mal den Kommunen vertrauen, sie würden schon das Geld an der richtigen Stelle einsetzen, ist haltlos. Denn hier geht es nicht um Vertrauen oder Misstrauen, es geht darum, ob man finanziell eine Leistung erbringen kann, oder nicht. Und das Schwarze-Peter-Spiel der Landesregie-

rung ist nur all zu offensichtlich. Denn bei der von ihr vorgestellten Förderpraxis kann das Land immer behaupten, bei den Musikschulen nicht gekürzt zu haben. Die Kommunen sind dann diejenigen, die den schwarzen Peter in der Hand haben und erklären müssen, warum sie die Gelder nicht wie ursprünglich angedacht der Musikschulförderung zugute kommen lassen können und dann unter Umständen Einrichtungen schließen müssen. Ohne hier Horrorszenarien an die Wand zu malen – auch wenn kein sofortiges, flächendeckendes Sterben von Musikschulen eintreten würde, eine Erhöhung der Elternbeiträge und ein deutliches Herabsenken der Qualität von Musikschulen wären schon schnell absehbare Konsequenzen. Und damit würde eine Sterben auf Raten in der Musikschullandschaft einsetzen.

Dennoch, die Rechnung wurde mal wieder ohne den Wirt gemacht, besser gesagt ohne das Parlament. Die PDS brachte einen Antrag zu dieser Problematik ein, der die Landesregierung aufforderte nicht nur Bericht zu erstatten, sondern auch Konzeptionen zu erläutern, wie die Musikschullandschaft erhalten werden kann. Vorausgegangen waren zahlreiche Beratungen und Gespräche mit Vertretern der Musikschulen des Landes. Dass dieser PDS-Antrag dann einstimmig vom Landtag angenommen wurde, macht deutlich, dass es auch innerhalb des Parlaments erheblichen Klärungsbedarf gibt, auch innerhalb der Koalitionsfraktionen. Das macht Hoffnung, Hoffnung auf eine vernünftige Lösung, im Sinne der Musikschulen und damit der Kulturlandschaft und der Zukunft Sachsen-Anhalts.

**Linke Jugend – „Die ROTfüchse“
Hettstedt e.V. präsentieren:**

Am **7. November 2003** zum Jahrestag
der Oktoberrevolution

Dirk Zöllner & Russische Begleitung

im Klubhaus Hettstedt
Konzertbeginn: 20.30 Uhr
Einlass 19.30 Uhr
Eintritt 10 Euro / Vorverkauf 8 Euro

kontakt@rotfuechse.de

PDS-Landtagsfraktion lädt

**am 19. November 2003
18.00 Uhr
zur Studentenparty „LinksRunde“**

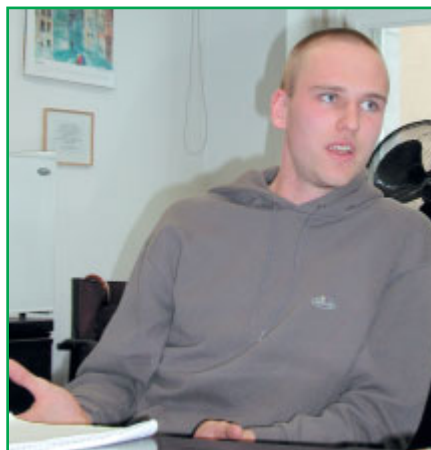
**mit „Blutige Erdbeeren“, DJ Alex und Talk mit Promis
Campus der Otto-von-Guericke-Universität, Projekt 7**

Olympiaeuphorie contra Kapitalismuskritik

klartext führte Dr. Hans-Jochen Marquardt, der ein Jahr Olympiabeauftragter der Stadt Halle war, und zwei Vertreter des Anti-Olympischen Komitees Leipzig, Torsten und Adam, zu einem Streitgespräch zusammen. Wir dokumentieren einen kurzen Auszug dieser Diskussion. Der gesamte Inhalt ist abrufbar unter www.pdslsa.de.



Dr. Hans-Jochen Marquardt



Adam



Torsten

Warum gerade Spiele hier in der Region, warum gerade in Leipzig?

H.-J. Marquardt: Weil die Region um Leipzig herum beste Voraussetzungen bietet. Das Nationale Olympische Komitee (NOK) ist eine Gruppe von Menschen, die höchst erfahren ist in der Beurteilung dessen, was das Internationale Olympische Komitee (IOC) für Kriterien hat, um solche Spiele auszurichten. Wenn das NOK sich für Leipzig als den nationalen Bewerber Deutschlands entscheidet, kann man darauf vertrauen, dass es eine Entscheidung gewesen ist, die auf sehr sicherer Grundlage beruht. Und diese sichere Grundlage bezieht sich zum einen auf zunächst rein sportinfrastrukturelle Voraussetzungen, die in der Region Leipzig vorhanden sind. Der zweite Punkt ist die ganz große Bedeutung der Sporttradition in der Stadt Leipzig. Ich erinnere nur an die Deutsche Hochschule für Körperkultur (DHFK). Viele Mitglieder des IOC haben in Leipzig an dieser Hochschule studiert. Die Frage ist ja, wenn es in zwei Jahren zur Entscheidung kommt, wie überzeugen ich ein IOC-Mitglied, sagen wir aus der Elfenbeinküste, davon, für Leipzig zu stimmen. Und wenn der in Leipzig an der DHFK studiert hat, und viele IOC-Mitglieder haben das, ist es schon mal ein Plus-

Bruttosozialprodukt erwirtschaftet hat. Das war später woanders, nämlich im Ruhrgebiet. Die Grenze zwischen Sachsen-Anhalt und Sachsen ist eh nur störend und wirkt sich auf diesen Ballungsraum auch entsprechend negativ aus. Wir arbeiten daran, diese Grenze zu überwinden. Es würde also auf jeden Fall einen entsprechenden Aufschwung mit sich bringen für die Region. Die Menschen brauchen nichts dringender als Hoffnung, gerade in dieser Region. Und die Chance, sich für Olympische Spiele zu bewerben, gibt es im Leben eines Menschen wahrscheinlich nur wenige Male, wenn überhaupt, meistens nur einmal und im Leben einer Stadt ganz sicher nur einmal. Darum sollte man schon aus dieser Begründung heraus alles versuchen, sich daran zu beteiligen. [...]

Sie haben davon gesprochen, die Mitglieder des IOC zu überzeugen. Haben Sie denn die Menschen hier in der Region davon schon überzeugt?

H.-J. Marquardt: In der Stadt Halle zumindest gibt es keine erkennbaren, spürbaren Gegenbewegungen. Ist mir jedenfalls nicht bekannt. Vielleicht können die beiden jungen Herren mir da etwas anderes erzählen. Wir haben sehr positive Erfahrungen gemacht. Vor einem Jahr

haben wir zum Beispiel eine große Veranstaltung in der Händel-Halle zu diesem Thema durchgeführt, um zu demonstrieren, in welcher Weise die Bevölkerung der Stadt dahinter steht. Es ist ja nicht so einfach, vor laufenden Kameras zu rufen: Alle für Leipzig. Wenn man das in Leipzig hört, okay – aber wenn ich das in Halle oder in Chemnitz

oder in Dresden oder in Riesa höre, wie geschehen, dann kann man schon davon ausgehen, dass man auch in der Stadt Halle erkannt hat, dass es hier nicht um einen Eigennutz geht, weil man weiß, dass in jedem Falle, ganz gleich wie die Sportstättenverteilung und die Medaillenverteilung bezogen auf die Orte aussieht, schon auf jeden Fall davon profitieren wird, dass der wirtschaftliche Aufschwung natürlich da sein wird. Ich habe den Eindruck, auch in meiner einjährigen Tätigkeit als Olympiabeauftragter der Stadt, dass genau dieser Punkt zu den Stärken der gesamten Bewerbung gehört hat. In keiner anderen Region war die Unterstützung durch die Bevölkerung so stark wie in der Region Leipzig.

Ich unterstelle einmal, dass in Leipzig die zahlenmäßige Unterstützung für Olympia nicht sehr viel geringer ist als in Halle. Heißt das, dass ihr so ein bisschen mit dem, was ihr macht, lebensfremd seid? Oder unterliegt die Mehrheit einer großen Illusion an der Stelle, was ihre Hoffnungen angeht?

Adam: Lebensfremd, Illusion? – Der Vordrucker hat es schon gesagt, es ist heutzutage nichts so wichtig, wie den Leuten Hoffnung zu geben. Insofern macht die

Stadt Leipzig das auch richtig, aufbauend auf den Erfahrungen der Bevölkerung zu DDR-Zeiten, wo Sport auch immer ein großes Event war. Darum kann man diesbezüglich natürlich heutzutage immer noch Punkte erzielen und den Leuten gerade mit so etwas wie Olympia eine Hoffnung geben, vor allem wenn so ein Thema noch mit Arbeitsplätzen kombiniert werden kann. Und zum Thema lebensfremd und Illusion. Man muss sich vielleicht irgendwann mal vor Augen halten, was das Konzept Olympia bedeutet, was das überhaupt für ein Event ist, was dahinter steht. Da ist unserer Meinung nach wenig Aufklärungsarbeit geleistet worden vonseiten der Stadt. Wir denken eher, dass das Konzept Olympia in Leipzig einfach viel zu gigantisch ist, viel zu maximal gedacht ist. Wir haben versucht, uns darüber Gedanken zu machen, was denn Olympia an sich bedeutet, ob das in so eine Stadt wie Leipzig passt. Letztlich haben wir die Entscheidung für uns persönlich gefällt, nein, das ist nicht der Fall. Wir versuchen jetzt mühsam Aufklärungsarbeit zu leisten und ein paar Punkte in die Erinnerung zurückzurufen, weswegen ein solches Mega-Event, das mit Sport recht wenig zu tun hat, letztendlich eher etwas für die Wirtschaftsseite der Zeitung als die Sportseite ist. Das versuchen wir zum Ausdruck zu bringen und einfach mal über den Tellerrand zu blicken, jenseits von dem Gerede über mehr Arbeitsplätze für die Region. Natürlich ist es heutzutage so, im Osten der Republik mit einer derartigen Arbeitslosigkeit, dass man jede Masse sensibilisieren kann, wenn man lediglich die kleine Hoffnung auf Arbeitsplätze vermitteln kann. Insofern hat man da natürlich ein Heimspiel.

Da muss ich noch mal nachfragen. Heißt das, ihr habt ein Problem mit Olympia in der Art, wie es jetzt angedacht ist für Leipzig und die Umgebung? Oder – eurem Internetauftritt habe ich das entnommen – geht es doch um eine grundsätzliche Ablehnung von Olympia?

Torsten: Die Grundlage ist wirklich eine generelle Kritik an Olympia und eine generelle Kritik des Leistungssportes. Das ist wichtig zu betonen. Uns geht es nicht allein um Leipzig, aber das war ja gerade auch die Überleitung, dieses Standortideologische. Ich wollte noch mal darauf zurückkommen, was du gesagt hast mit „lebensfremd“. Das

stimmt natürlich insofern, dass wir mit unserer Kritik, die fundamental ansetzt an Olympia, an Leistungssport, an Kapitalismus, dass das natürlich auf bürgerlicher Seite total fremd erscheinen mag, auch total hinderlich, weil sie gerade eben in Olympia einen übelsten Aufschwung sehen und damit übelste Hoffnung verbinden und dabei aber jegliches Risiko, was daran hängt – auch wirtschaftlich – völlig vergessen. Das mit dem Tellerrand ist schon gesagt worden. Das sehe ich auch so. Wir versuchen, das Konzept Olympia an sich und diese Fassade von Begriffen wie Völkerverständigung und was weiß ich zu durchleuchten und zum Bröckeln zu bringen und auch das Risiko, mit dem gerade hier im Osten gespielt wird.

Wir können uns solchen standortideologischen Sachen natürlich nicht entziehen, wenn wir Olympia kritisieren. Das Generelle reicht nicht aus, aber das ist zumindest unsere Grundlage, weltweit solche Leistungssportsachen abzulehnen und aufzuklären und die Beziehungen, die Verbindungen zum Kapitalismus oder zum kapitalistischen System aufzuzeigen. Das ist für uns wichtig.

Adam: Es ist für uns immer schwer, die Aufgaben zu übernehmen, die eigentlich gesellschaftliche Verbände, seien es Umweltgruppen oder linke Parteien, die in anderen Regionen eher den Finger heben, zusätzlich zu übernehmen. Im Moment schaut das in Leipzig so aus, als hätten wir eine perfekte Demokratie – alle sind dafür, keiner ist dagegen. Insofern würden wir uns wünschen, dass mal geschaut wird, was wirklich hinter dem Konzept steht, jenseits von diesem Hoffnungs- und Chancengerede. So beispielsweise gibt es kritische Stimmen dazu, dass Sportstätten, beispielsweise im Auenland eine Bogenschießanlage, gebaut werden.

[...]

Wie bekommen wir denn die Frage der Größenordnung der Olympischen Spiele, Stichwort Gigantismus, und die ökologische Komponente auf der anderen Seite in einen Ausgleich?

H.-J. Marquardt: [...] Auch dem IOC ist bewusst, dass ein gewisser Gigantismus nicht mehr überbietbar ist und es auch gar nicht sinnvoll ist, ihn zu überbieten. Es ist erklärter Wille des IOC, Präsident

Rogge hat das ganz eindeutig gesagt, davon wegzukommen. Das heißt, das Problem, das Sie geschildert haben, ist erkannt vom IOC. Ich stehe grundsätzlich kritischen Stimmen positiv gegenüber, wenn sie kritisch im Kant'schen Sinne, wenn ich mal philosophisch werden darf, gemeint sind, das heißt Überprüfung der Denkvoraussetzungen. Die Denkvoraussetzungen zu überprüfen sollte man sich immer zu eigen machen, von daher kann man ja auch Anregungen bekommen. Es hilft auch den Machern, die dafür sind, damit umzugehen. Nichts wäre schlimmer, wenn sich diejenigen, die für Olympia sind, nicht mit Ihnen, die Sie dagegen sind, auf eine sachliche Art und Weise unterhalten und sich Anregungen holen. Worin besteht Ihre Kritik? Ich habe bis jetzt noch nichts untersetzt gehört, Sie sagen, sie seien gegen dieses Gerede von Völkerverständigung usw., aber Sie haben noch nicht argumentiert, warum das Ihres Erachtens eine Farce ist. Das können Sie ja jetzt noch tun. [...]

Das AOK_L formuliert auch eine sehr scharfe Kritik an den zu erwartenden Sicherheitsmaßnahmen. Was befürchtet ihr für die Leipziger und ihre Gäste?

Adam: Leipzig ist schon jetzt in punkto Überwachung öffentlicher Räume Spitzenreiter und mit anderen nicht zu vergleichen. Das wird auch immer herausgekehrt. Und Olympia bringt es mit sich, das wird auch ganz offen, beispielsweise in der FAZ, von diversen Vertretern der Olympia GmbH geäußert, dass politische Meinungsbildung zur Zeit von Olympia nicht zugelassen werden kann.

Da gab es auch Probleme in Sydney und auch in Atlanta. Politische Opposition wird zu dieser Zeit einfach nicht geduldet. Also eine Beschränkung der bürgerlichen Grundfreiheiten. Das wollen wir überhaupt nicht mittragen. Es ist natürlich auch völlig klar, dass im Rahmen der Olympischen Spiele die Stadt gesäubert wird. Gesäubert von Randgruppen, die aus Innenstädten herausgedrängt werden, die dann nicht mitfeiern können mit der olympischen Familie, weil sie nicht dazu gehören, weil sie nicht die Fähigkeiten mitbringen.

[...]

Das Gespräch führten Matthias Höhn (Chefredakteur) und Monika Krüger.

Briefe aus dem Landtag Alfred Dittberner Abgeordneter

Mensch Ete, altet Haus,

ick habe ja ein schlechtes Gewissen. Hat wieder so lange jedauert. Aber Alter, die haben mich dranjekriegt. Nu durfte ich nach so langer Zeit zum erstenmal reden, und denn das: Ick soll watt für meine Sprache tun, die sei nich „plenumsjemäß“. Also wunder Dir nich – ick jebe mir jetzt Mühe mit meiner Sprache.

Mensch, letztet mal hatten wir hier so richtig Klassenkampf.

Thema war der Wald, und ob der privat sein darf. Die roten Säcke hatten da so ein Antrag „Waldprivatisierung – Verstoß gegen Landeswaldgesetz“. Naja – nohmen est ohmen, sachten schon die Alten. Mensch, da flogen die Fetzen. Der Czeke, der rote Sack, sacht doch tatsächlich, se wollen den Wahnsinn der Regierung stoppen, sich am Landeswald zu vagreifen. Der meint, so würde die Kuh jeschlachtet, die uns stets und ständig Milch liefern könnte. Na – dem hats unsere Ministerin aber jegeben! Die roten Säcke – det hat se nich jesagt – vasuchen jetzt wieder, Diskussions- und Denkverbote uffzustellen und notfalls die öffentliche Meinung mit ins Spiel zu bringen. Und denn det Beste: Begriffe wie Ausbeutung, Kapitalismus, Profitgier erinnern an Staatsbürgerkunde-Unterricht zu DDR-Zeiten. Hat jesessen! Der Czeke, der rote Sack – hat se so nich jesagt – hat sich mit einer solchen Wortwahl eindeutig mit Klassenkampfgebaren identifiziert.

Aber det war noch janischt! Unsere Libbaralen, unbezahlbar! Manchma sind se doch richtig gut! Hat der Hauser – is’n Bayer – doch vom Leder jezogen. Weder die Landesregierung besteht aus Wahnsinnigen noch die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion bestehen aus Wahnsinnigen. Woher weiß der das? Aber jesagt is jesagt. Und denn noch: „Natürlich komme ich aus Bayern, das leugne ich auch nicht. Ist das schlimm? Müsst ihr euch mit mir schämen oder habe ich euch einen Schaden zugefügt?“ Edel, janz edel! Noch bessa: Er lässt sich von niemandem verbieten nachzudenken, von keenem Demonstranten! Endlich ma Klartext von de Libbaralen! Muß ja ma Schluß sein mit det libbarale Rumeiern. Wir sitzen drin, wir bestimmen – pasta. Hat ja selbst der Kanzla jesacht! Haben wir natülich abjeschmettert, den Antrach, sind ja mehr – haha!

Denn jabs noch den Haushalt. War langweilig, keen richtiger Zoff. Die Frau Sitte von die Roten hat det wieder sehr intellektuell auffezogen, weeiß man jar nich, warum die so viel Zeit zum Reden kriecht. Ätzend! Aber unser Ministerpräsident hat det in die Reihe jebracht: Die Bundesregierung – ooch rote Säcke, hat er nich jesacht, die sind Schuld! Mehr Wachstum und mehr Beschäftigung – nur so jeht das vorwärts! Das Jeld wird weniger, da muß was jeschehen – abschneiden heiß de Devise! Juter Mann.

Und denn noch der Scheiß mit die Kinder – alles Quatsch! Zu Hause is zu Hause. War bei uns ooch so! Pasta!

Bis denn – Dein Kump! Aldi

Impressum

klartext – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Chefredakteur: Matthias Höhn (MdL) · **Redaktion:** Dr. Thomas Drziska (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Katja Müller, Sven Barquet, Matthias Gärtner (MdL), Dr. Martin Reso, Achim Spaeth

Satz/Layout: Andrea Johlige · **Druck:** UngerDruck, Barleben · **Fotos S. 10, 11:** Antifa Halle

Auflage: 6.100 Exemplare · **Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. Oktober 2003 · klartext erscheint jeden zweiten Monat.

Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fon: 03 91/7 32 48 40, **Fax:** 03 91/7 32 48 48, **E-Mail:** landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

Kein Respekt vor der alten Garde?

Leserbrief zu klartext 3/2003

„Mit Verwunderung und mit Bestürzung musste ich im Klartext 3/2003 auf Seite 3 den Artikel vom Chefredakteur, Matthias Höhn, lesen.

Wir sind in der Phase, dass neue Kampfaufgaben im kommunalen Wahlkampf anstehen und wir uns gemeinsam Gedanken machen, mit welchen Argumenten und Aktionen die Bürger für unsere Ideen und Ziele zu gewinnen sind.

Aber was ich in der Einleitung dieses Artikels vom Chefredakteur las, brachte mich zur Weißglut. Was soll denn bitte die Formel ‚2 in 1 – PDS im Doppelpack‘? Reicht es nicht schon, wenn unsere deutsche Sprache mit irgendwelchen Phrasen verunglimpft wird. Kann man sich nicht mehr vernünftig unterhalten?

Welchen Sinn sollte diese Phrase den ausdrücken und beinhalten?

Die Einleitung in dem Artikel von Matthias Höhn hatte in meinen Augen ‚Bildzeitung‘ Niveau. Wie sonst soll ich verstehen, wenn Genosse Gregor Gysi durch die Zeile ‚Star der PDS, der längere Zeit durch Abstinenz glänzte, einen Tag nach der (Wieder-)Wahl seines langjährigen Weggefährten Lothar Bisky zum Vorsitzenden plötzlich wieder da war‘ beleidigt wird.

Es wird ja indirekt dem Genossen Bisky ‚Vetternwirtschaft‘ nachgesagt!

Da der Genosse Höhn sich zu den so genannten ‚Reformern‘ zählt, verstehe ich diese verbalen Attacken auf unsere neue Führung nicht.

Die alte Garde hat uns in den Bundestag gebracht, und die neue Garde hat durch Unvernunft und zwischenmenschliche Querelen uns diese Niederlage eingebracht.

Jetzt, wo der Genosse Bisky sich noch mal zum Kampf stellt, ziehe ich den Hut vor ihm. Warum sollen die erfahrenen Genossen uns nicht in den Bundestag zurückbringen?

Hat der Chefredakteur keinen Respekt mehr vor dem Alter und den Erfahrungen unserer Genossen?

Die Stimme der Basis sagt schon sehr lange: ‚Der Kampf der Positionen im Parteivorstand schadet uns nur! Lasst Taten sprechen und nicht leere Worte!‘“

Andreas Jirmann
BO Mücheln-Krumpha



**CSD in Magdeburg
PDS überreicht
Spendenscheck**

**Termine der
PDS Sachsen-Anhalt**

25./26. Oktober, Chemnitz
Programmparteitag der PDS
www.pds-online.de

25./26. Oktober, Kretzschau
Wochenendschulung des kommunalpolitischen forums Sachsen-Anhalt e.V.
www.kf-lsa.de oder 0391/7348200

27. Oktober bis 7. November
Kommunaltour der Landtagsfraktion
www.pdlsa-lt.de

1. November, 10.00 Uhr, Magdeburg
Landesvorstandssitzung der PDS Sachsen-Anhalt

2. November
Friedensweg der OFFENen HEIDE
www.offeneheide.de

8. November, 10.00 Uhr, Köthen
Veranstaltung des kommunalpolitischen forums zu „Möglichkeiten und Grenzen der Haushaltskonsolidierung“

9. November, 10.00 Uhr, Halberstadt (B & G, Kirschallee)
Wirtschaftspolitischer Frühschoppen mit Helmuth Markov (MdB)

9. November, 16.00 Uhr, Marienkirche Dessau
„Lieder gegen das Vergessen“

15. November, 10.00 Uhr, Bernburg
8. Politischer Bildungstag des PDS-Landesverbandes „Leben statt gelebt zu werden“
www.pds-sachsen-anhalt.de

18. November, 18.30 Uhr, Halle
Landesvorstandssitzung der PDS Sachsen-Anhalt

25. November, 16.00 Uhr, KIZ Magdeburg
Abgeordnetensprechstunde mit Wulf Gallert (MdB)
Tel.: 0391/7 44 79 24

Flüstertüte

Sprachrohr für Kinder und Jugendliche

Publikation der Landtagsfraktion der PDS zu Kinder- und Jugendpolitik

Neben den Themen Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit und Ausbildungspolitik werden auch Felder wie Kinderarmut, Jugend im ländlichen Raum und Jugend in Europa vorgestellt.

Wer Interesse an einer solchen Broschüre hat, schickt einfach eine Mail an angern@pds.lt.lsa-net.de oder ruft an **0391/ 5 60 50 07**.